

## Niederschrift

über die 2. Sitzung des Sozialausschusses am 27.11.2014  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1</b> <b>Verpflichtung von Ausschussmitgliedern</b> .....	4
<b>2</b> <b>Förderrichtlinien für den sozialen Bereich Vorlage: FB2/0107/2014</b> .....	4
<b>3</b> <b>Bestellung einer stellvertretenden Behindertenbeauftragten Vorlage: FB2/0108/2014</b> ....	4
<b>4</b> <b>Schuldnerberatung - Verlängerung der Vereinbarung mit dem Sozialdienst Kath. Männer Neuss e.V. Vorlage: FB2/0110/2014</b> .....	5
<b>5</b> <b>Haushaltsberatung 2015 - Veränderungsliste</b> .....	6
<b>5.1</b> <b>Anträge der SPD-Fraktion zum Produkthaushalt 2015 vom 8. November 2014 Vorlage: FB2/0015/2014</b> .....	10
<b>6</b> <b>Sozialbericht 2013 - Beantwortung von Fragen aus dem Ausschuss</b> .....	10
<b>7</b> <b>Anträge</b> .....	10
<b>8</b> <b>Anfragen</b> .....	10
<b>9</b> <b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	10
<b>10</b> <b>Termin der nächsten Sitzung: 3. Februar 2015</b> .....	12
<b>11</b> <b>Verschiedenes</b> .....	12

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Herbert Becker Ratsmitglied Vertretung für Frau Gabriele Pricken

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenklies Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Helga Hermanns

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes Ratsmitglied Vertretung für Frau Heidemarie  
Niegeloh

**von der FDP-Fraktion**

Frau Helga Dapprich Sachkundige Bürgerin Vertretung für Herrn Michael Ber-  
tholdt

Frau Katja Giesen Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Michael Eckert Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Herr Wilfried Pahlke Wohlfahrtsverbände

**von der Verwaltung**

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

**Schriftführerin**

Frau Bettina Scholten Fachbereich 2

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Helga Hermanns  
Frau Nicole Joliet-Heising  
Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied  
Sachkundige Bürgerin  
Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Frau Heidemarie Niegeloh

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt

Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Herr Dr. Lothar Chaillié

Behindertenbeauftragter

Ausschussvorsitzender Focken eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung des Ausschusses fest.

Im Hinblick auf die Tagesordnung bittet der Ausschussvorsitzende TOP 9 vor TOP 5 zu behandeln, da ein aktueller Sachbericht hinsichtlich der Asylproblematik auch für die Haushaltsberatung Relevanz habe. Ferner schlägt Ratsherr Eckert vor, TOP 6 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Die Änderung der Tagesordnung wird einvernehmlich befürwortet.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Verpflichtung von Ausschussmitgliedern**

Sachkundiger Bürger Heinz Berend Jansen und beratendes Mitglied Wilfried Pahlke werden durch Vorsitzenden Focken in ihr Amt eingeführt und durch Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet.

### **2 Förderrichtlinien für den sozialen Bereich Vorlage: FB2/0107/2014**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert anhand der ausführlichen Informationsvorlage welche Maßnahmen im sozialen Bereich durch die Stadt gefördert werden und in welchen Produkten sich die dazugehörigen Aufwandpositionen im städtischen Haushalt wiederfinden.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

### **3 Bestellung einer stellvertretenden Behindertenbeauftragten Vorlage: FB2/0108/2014**

#### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat, Frau Ute Hoffmann zur stellvertretenden Behindertenbeauftragten der Stadt Meerbusch zu bestellen.

#### **Abstimmungsergebnis:            einstimmig**

Ausschussvorsitzender Focken verweist auf die infolge der Empfehlung des Sozialausschusses zwischenzeitlich vom Rat beschlossene erneute Bestellung von Herrn Dr. Chaillié zum städtischen Behindertenbeauftragten. Leider sei es seinerzeit noch nicht möglich gewesen, auch eine Vertretung zu benennen. Nunmehr habe sich aber die heute auch anwesende Frau Ute Hoffmann bereit erklärt, diese Funktion zu übernehmen.

Sodann erhält Frau Hoffmann Gelegenheit sich dem Ausschuss vorzustellen. Anhand einer kurzen Präsentation, die Frau Hoffmann auch an die anwesenden Mitglieder verteilt, informiert sie über ihre Person und die Motivation, sich für das Amt zu bewerben. Im Vordergrund stehe ihr Wunsch, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander zu leisten. Sie schätze die Kommunikation und den Umgang mit Menschen. In Bezug auf behinderte Menschen habe sie die Erfahrung gemacht, dass diese besondere Fähigkeiten entwickeln würden, über die Menschen ohne Einschränkungen nicht verfügten. Es wäre ihr eine große Freude als stellvertretende Behindertenbeauftragte die Interessen behinderter Menschen in Meerbusch zu vertreten und durchzusetzen.

**4 Schuldnerberatung - Verlängerung der Vereinbarung mit dem Sozialdienst Kath. Männer Neuss e.V.**  
**Vorlage: FB2/0110/2014**

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss beschließt, die Vereinbarung mit dem Sozialdienst Katholischer Männer Neuss e.V. bis zum 31.12.2015 zu verlängern. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Fall einer veränderten Finanzierungssituation auf Kreisebene, in der Vereinbarung eine dementsprechende vorzeitige Kündigungsmöglichkeit vorzusehen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist auf die langjährige Tätigkeit des SKM Neuss e.V. im Bereich der Schuldnerberatung in Meerbusch. Gerade aktuell sei der Presse wieder zu entnehmen, dass die Schuldenentwicklung sich verschärft habe. Obgleich der Rhein-Kreis Neuss (RKN) und besonders Meerbusch hinsichtlich der Schuldnerquote noch einen relativ guten Wert erziele, so sei dennoch auch hier ein Handlungsbedarf gegeben.

Ferner erläutert die Bürgermeisterin erneut die Schräglage hinsichtlich der Finanzierung der vier im Kreisgebiet tätigen Träger der Schuldnerberatung und der damit verbundenen sehr unterschiedlichen freiwilligen kommunalen Anteile. Leider sei es bislang trotz der Aufnahme von Gesprächen durch den RKN noch zu keiner Entscheidung der gerechteren Verteilung von Landes-, Sparkassen- und Kreismitteln gekommen.

Da die Verteilmasse auch bei einer Umverteilung die gleiche bliebe, seien natürlich auch Unstimmigkeiten zwischen den Trägern auf Kreisebene gegeben. Ferner seien diese auch durch Altverträge an unterschiedliche Konditionen gegenüber den Kommunen gebunden. Auch wenn die Verwaltung gegenüber dem SKM ausdrücklich ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht habe, dass auch dieser sich an geeigneter Stelle für eine Umverteilung einsetzen müsse, so sei aber zu berücksichtigen, dass ein einzelner Träger nur bedingt Einflussmöglichkeiten hinsichtlich des Finanzierungssystems habe.

Allerdings habe Herr Steinmetz sich der Sache zwischenzeitlich angenommen und eine Regelung in Aussicht gestellt. Es sei daher davon auszugehen, dass eine Lösung für eine gerechtere Finanzierung gefunden werde.

In diesem Zusammenhang berichtet Vorsitzender Focken von einem Austausch beim RKN in der kommenden Woche, an welchem Herr Annacker und er teilnehmen werden. Er habe Herrn Steinmetz gebeten, das Thema Schuldnerberatung auch auf die Tagesordnung zu setzen.

Auch Ratsherr Eckert teilt die Auffassung, dass das Missverhältnis in der Finanzierung unbefriedigend sei. Dennoch müsse die Schuldberatung aufgrund ihrer Bedeutung bestehen bleiben, ggf. noch ausgedehnt werden. Des Weiteren halte er neben den Sprechtagen in Büderich eine wohnortnahe Beratung, beispielsweise auch in Osterath und Lank, für erforderlich. Diesbezüglich erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass die Schuldnerberatung bis 2013 in Osterath stattgefunden habe, dann aber wegen der veränderten Raumsituation infolge des Auszugs des Jobcenters dort hätte eingestellt werden müssen. Auch verweist sie auf die seitens der Hilfesuchenden vielfach gewünschten Anonymität, die gegen eine wohnortnahe Beratung spräche. Allerdings sei sie der grundsätzlichen Auffassung, dass ein Angebot für Meerbuscher Bürger auch in Meerbusch stattfinden solle. Die Verwaltung werde im Rahmen der Erstellung des gesamtstädtischen Immobilienkonzeptes die Bereitstellung zusätzlicher Räume für die Schuldnerberatung prüfen und sich diesbezüglich mit dem SKM beraten.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes hebt ebenfalls die Bedeutung der Schuldnerberatung und die gute Arbeit in der Vergangenheit hervor. Unter Berücksichtigung des Schamgefühls der Hilfesuchenden halte sie, auch vor dem Hintergrund des höheren Zeitaufwandes und der somit höheren Kosten, auch eine aufsuchende Tätigkeit für denkbar. Auch dies soll mit dem SKM erörtert werden.

Vor Eintritt in die Haushaltsberatung ruft Ausschussvorsitzender Focken zunächst TOP 9 auf.

## 5 Haushaltsberatung 2015 - Veränderungsliste

### Produkt 050 311 010 „Soziale Hilfen“

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 050 311 010 „Soziale Hilfen“, Seiten 299 – 304, vorzulegen.

#### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>15</b>	<b>1</b>	<b>/</b>

### Produkt 050 313 010 „Soziale Hilfen für Asylbewerber“

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 050 313 010 „Soziale Hilfen für Asylbewerber“, Seiten 311 - 317, vorzulegen.

#### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>12</b>	<b>4</b>	<b>/</b>

### Produkt 050 315 010 „Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber“

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 050 315 010 „Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber“, Seiten 321 – 325, einschließlich der anliegenden Veränderungsliste vom 27.11.2014, vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>12</b>	<b>4</b>	<b>/</b>

**Produkt 050 315 020 „Einrichtungen für Wohnungslose“**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 050 315 020 „Einrichtungen für Wohnungslose“, Seiten 327 - 330, vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten			1
<b>Gesamt:</b>	<b>15</b>		<b>1</b>

**Produkt 050 331 010 „Förd. v. anderen Trägern d. Wohlfahrtspflege“**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 050 331 010 „Förd. v. anderen Trägern d. Wohlfahrtspflege“, Seiten 331 – 335, vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten			1
<b>Gesamt:</b>	<b>15</b>		<b>1</b>

### Produkt 050 351 010 „Sonstige soziale Leistungen“

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2015 für das Produkt 050 351 010 „Sonstige soziale Leistungen“, Seiten 343 – 348, vorzulegen.

#### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten			1
<b>Gesamt:</b>	<b>15</b>		<b>1</b>

Des Weiteren nimmt der Ausschuss den Sonderhaushalt Soziales, Seiten 678 – 693, des Haushaltsentwurfs 2015 zur Kenntnis.

Beratung und Beschlussfassung erfolgen produktweise unter Einbeziehung der vorliegenden Anträge der SPD-Fraktion.

Zu folgenden Produkten wurden nach Beratung weitere Einzelbeschlüsse gefasst.

### Produkt 050 313 010 „Soziale Hilfen für Asylbewerber“

Auf Anfrage aus dem Ausschuss erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass die Zuschüsse für die sozialpädagogische Betreuung der Asylbewerber bislang dem Produkt 050 331 010 „Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege“, Sachkonto 53180000 zugeordnet waren. Gleiches gelte für die Zuschüsse für die Wohnungsnothilfe, die sich nunmehr im Produkt 050 315 020 wiederfinden. Es handele sich insoweit nicht um neue zusätzliche Leistungen. Bei dem o.g. Sachkonto sei eine entsprechende Reduzierung des Ansatzes nachzuvollziehen.

Anschließend erläutert Ratsfrau Niederdellmann–Siemes die Anträge der SPD zur Anhebung der Zuschüsse für die sozialpädagogische Betreuung der Asylbewerber vom 8. November 2014. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass die Betreuung und Begleitung der Asylbewerber bislang mit einem guten und erfolgreichen Konzept hinterlegt sei. Die geringen Probleme in den Unterkünften und mit Anwohnern sei nicht zuletzt darauf zurückzuführen. Im Hinblick auf die erheblich gestiegene Anzahl der zugewanderten Menschen, müsse die Betreuung entsprechend erhöht werden, um weiter gute Integrationsarbeit leisten zu können. Ziel sei es für die Menschen nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern auch eine vernünftige Begleitung zu gewährleisten.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage räumt ein, dass infolge der gestiegenen Fallzahlen auch mehr Betreuung sinnhaft wäre. Unter Verweis auf die Situationen in anderen Kommunen verdeutlicht sie allerdings, dass in Meerbusch bislang eine vergleichsweise gute Betreuungssituation gegeben sei und der 24-Stunden-Hauswartdienst in städtischen Unterkünften eine echte Ausnahme darstelle. Es sei nunmehr eine politische Entscheidung, ob die Betreuung aufgestockt werde.

Ausschussvorsitzender Focken stellt folgenden Beschlussvorschlag bezüglich des vorliegenden Antrages zur Abstimmung:

Der Sozialausschuss beschließt, den Ansatz im **Produkt 050 313 010, Sachkonto 53180000** für eine weitere Stelle mit 19,25 Std um 25.000,00 € zu erhöhen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE/Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>6</b>	<b>10</b>	<b>/</b>

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

**Produkt 050 315 010 „Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber“**

Die Verwaltung erläutert hinsichtlich der mit der Einladung zugestellten Veränderungsliste, dass der Ansatz für die Miete des Sanitärcontainers infolge eines neuen Angebotes auf 5.000,00 € reduziert werden könne.

Hinsichtlich der Begründung des vorliegenden SPD-Antrages zum Hausmeisterdienst verweist Ratsfrau Niederdellmann–Siemes auf die vorhergehenden Ausführungen zur Ausweitung der sozialpädagogischen Betreuung.

Ausschussvorsitzender Focken stellt folgenden Beschlussvorschlag bezüglich des vorliegenden Antrages zu Abstimmung:

Der Sozialausschuss beschließt, den Ansatz im **Produkt 050 315 010, Sachkonto 54290000** um 40.000,00 € auf insgesamt 275.400,00 € zu erhöhen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE/Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>6</b>	<b>10</b>	<b>/</b>

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

**Produkt 050 351 010 „Sonstige soziale Leistungen“**

Ratsfrau Niederdellmann–Siemes erhält die Gelegenheit den Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich einer Anschubfinanzierung für das Projekt Verkehrsmobilitätstraining zu erläutern. Vor dem Hintergrund der älter werdenden Gesellschaft müsse es ein besonderes Anliegen sein, die Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu befähigen, sich gut und sicher im öffentlichen Nahverkehr zu bewe-

gen. Deswegen wolle man ein Verkehrsmobilitätstraining zunächst durch Polizei und Rheinbahn ans-  
toßen und später mit ehrenamtlichen Kräften fortsetzen.

Die Ratsherren Mocka und Wartchow verweisen auf ähnliche Planungen, die ihres wissens seitens  
der Altenbegegnungsstätte der AWO in Büderich angestrebt würden.

Die Verwaltung regt infolgedessen an, eine Realisierung des Projektes aus den Projektfördermitteln  
für die offene Altenarbeit im Rahmen der Förderrichtlinien anzustreben. Die Mittel seien in den ver-  
gangenen Jahren nur schleppend abgerufen worden und stehen für ein solches Projekt in 2015 im  
Haushalt grundsätzlich zur Verfügung.

#### **5.1 Anträge der SPD-Fraktion zum Produkthaushalt 2015 vom 8. November 2014** **Vorlage: FB2/0015/2014**

Die Anträge wurden im Rahmen der Haushaltsberatung (siehe 5.1) behandelt.

#### **6 Sozialbericht 2013 - Beantwortung von Fragen aus dem Ausschuss**

#### **7 Anträge**

#### **8 Anfragen**

#### **9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage informiert über den aktuellen Sachstand hinsichtlich der Flücht-  
linge in Meerbusch.

In 2014 seien bislang 139 Zugänge zu verzeichnen, während es im Vorjahr 99 gewesen seien. Den  
Zugängen stünden im laufenden Jahr 41 Abgänge gegenüber, in 2013 waren es 38. Insofern läge  
sich der Saldo in 2014 mit 61 Personen deutlich über dem des Vorjahres mit lediglich 24 Personen.

Die Zugänge umfassten neue Zuweisungen durch die Bezirksregierung wie auch Rückkehrer, die  
bereits schon einmal hier untergebracht worden seien. Stärkste Gruppe hinsichtlich der Herkunftslän-  
der seien allerdings nicht die Syrer, sondern Afrikaner, Serben, Mazedonier und schließlich auch  
Asiaten.

Auch seien es weniger Familien, als vielmehr Einzelpersonen, die unterzubringen seien.

Insgesamt 268 Personen stünden derzeit im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,  
davon befänden sich noch 166 Personen im laufenden Verfahren, die verbleibenden 72 Personen  
seien bereits abgelehnt worden. Bundesweit sei die Anerkennungsquote mit lediglich 30% deutlich  
geringer als die der Ablehnungen.

Vorrangiges Problem sei nach wie vor die zeitnahe und angemessene Unterbringung der Flüchtlinge.  
Die Kapazitäten der regulären Unterkünfte an der Cranachstraße und am Heidbergdamm seien zwi-  
schenzeitlich erschöpft. In den Obdachlosenunterkünften an der Strümper Straße und in städtischen  
Wohnungen an der Hochstraße in Osterath sowie an der Mühlenstraße in Lank seien noch geringfü-

gige Kapazitäten gegeben. Weitere 25 Personen könnten zeitnah in der Alten Schule in Bösinghoven untergebracht werden. Insgesamt stehen somit noch Plätze für ca. 45 Personen zur Verfügung.

Die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge sei entsprechend der Fallzahlen von 1,1 Mio. in 2010 auf veranschlagte 2,6 Mio. in 2015 gestiegen. Die Erträge hätten sich im gleichen Zeitraum von 226.000 € auf 575.000 € erhöht. Während 2010 noch 912.000 € von der Kommune zu tragen gewesen seien, müsse diese in 2015 bereits über 2,0 Mio. schultern.

Auch das Personal der Verwaltung sei zwischenzeitlich um eine Stelle aufgestockt worden. Infolge der Arbeitsbelastung hätte man den Stellenplan diesbezüglich nicht abwarten können, sondern bereits durch einen befristeten Vertrag reagiert.

Neben dem gewerblichen Hauswartdienst an der Cranachstraße und am Heidbergdamm sind in Buderich 2 städtische Hausmeister angesiedelt, die zwischenzeitlich auch die Unterkünfte an der Strümper Straße mitbetreuen. Daneben werden von der Stadt drei sozialpädagogische Fachkräfte mit jeweils 19,25 Stunden refinanziert. Zwei der Damen sind bei den Caritas Sozialdienste Rhein Kreis Neuss beschäftigt, eine bei der Diakonie Meerbusch. Schließlich werde der Asylbereich auch durch die für die Wohnungsnothilfe zuständige Mitarbeiterin der Caritas unterstützt, die dafür Sorge trage möglichst viele der anerkannten Flüchtlinge in regulären Wohnraum zu vermitteln und sicherstelle, dass Vermieter im Falle von Problemstellungen nicht allein gelassen würden. Auch die GWH habe Bereitschaft zur Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen signalisiert.

Im Hinblick auf die geplante Unterbringung der Flüchtlinge in Bösinghoven informiert die Bürgermeisterin über die sehr positive Resonanz und zahlreiche Angebote der Bewohner aus Bösinghoven, sich hilfreich einbringen zu wollen.

Verwaltungsintern soll der neue Standort durch einen täglichen Besuch eines städtischen Mitarbeiters abgedeckt werden. Für die Abend- und Nachstunden wird eine Lösung mit dem Hauswartdienst angestrebt. Auch eine sozialpädagogische Betreuung des Standortes wird durch die vorhabenden Personalressourcen abgedeckt werden, allerdings werden zukünftig die Personen hinsichtlich der sozialpädagogischen Betreuung Vorrang genießen, die neu zugewandert sind.

Im Hinblick auf längerfristige Unterbringungsmöglichkeiten prüfe die Verwaltung derzeit sowohl gewerbliche Mietobjekte im Hinblick auf Ihre Eignung sowie im Rahmen des Immobilienkonzeptes natürlich auch die Eignung städtischer Immobilien. Ferner habe auch bereits eine Standortüberprüfung für Mobilwohneinheiten stattgefunden. Vorteil der letzteren Variante sei die schnelle Realisierbarkeit. So seien in Korschenbroich innerhalb von nur 8 Wochen bezugsfertige Wohneinheiten entstanden. Allerdings müsse der planungsrechtliche Vorlauf zusätzlich zeitlich berücksichtigt werden.

Da Mittel für eine konkrete Maßnahme im Haushalt noch nicht veranschlagt werden könnten, habe der Kämmerer einen Vorschlag unterbreitet, der die unterjährige Bereitstellung von 1,5 Mio. für die Unterbringung von Asylbewerbern durch einen entsprechenden Hinweis in der Haushaltssatzung gewährleisten soll. Allerdings habe der RKN als Genehmigungsbehörde gegen die beabsichtigte Vorgehensweise Bedenken geäußert. Alternativ sei die Veranschlagung der notwendigen Mittel ohne die eigentlich notwendige Folgekostenberechnung denkbar. Welche Alternative letztendlich vom Rhein-Kreis Neuss mitgetragen werde, soll bis zur Sitzung des nächsten Haupt- und Finanzausschusses geklärt werden. Für Mobilwohneinheiten zur Unterbringung von ca. 50 Personen würden ca. 700.000 € benötigt.

Hinsichtlich der Unterstützung der Kommunen durch das Land verweist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf die Forderungen des Städte- und Gemeindebundes und erwähnt insbesondere die längere Verweildauer von Zuwanderern in den Erstaufnahmeeinrichtungen, die Konkretisierung eines

Investitionsförderprogramms mit der NRW.BANK sowie die Übernahme von Krankenhilfekosten von über 50.000 € in Härtefällen.

Schließlich informiert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage über die Einladung von Kirchenvertretern und verschiedenen Vereinen zu einem Runden Tisch Asyl am 9. Dezember 2014. Ziel sei es ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge zu strukturieren und insbesondere zu koordinieren. Dafür sollen ehrenamtliche Koordinatoren auf Ortsebene wie möglichst auch ein Gesamtkoordinator gefunden werden. Ferner soll auch geprüft werden inwieweit ggf. auch Fördermittel für eine solche Koordinatorenstelle zur Verfügung stehen.

Ratsfrau Niederdellmann hebt die Vielschichtigkeit der Asylproblematik hervor. Besonders die Abstimmung durch Bund und Länder hinsichtlich der Finanzausstattung der Kommunen gestalte sich offensichtlich als besonders schwieriger Kraftakt. Hinsichtlich der zentralen Funktion der Gesamtkoordinierung der ehrenamtlichen Tätigkeit halte sie die Beschäftigung eines Hauptamtlers für sinnvoll, da ein Ehrenamtler auch im Hinblick auf rechtliche Aspekte damit schnell überfordert sein könne.

Pfarrer Pahlke unterstreicht die Notwendigkeit einer Koordinatorenstelle für das ehrenamtliche Engagement. Die Diakonie Krefeld habe eine solche Stelle mit EU-Mitteln einrichten können. 20% der Kosten habe die Diakonie selbst zu tragen.

Ratsherr Eckert teilt mit, dass nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE und Piraten eine Unterbringung in Containern nur letzte Alternative sein könne. Ferner nach Auffassung seiner Fraktion auch die Unterbringung von Flüchtlingen in Gewerbegebieten völlig abwegig. Hinsichtlich der Qualität von mobilen Wohneinheiten verweisen Ausschussvorsitzender Focken wie auch Herr Annacker auf Beispiele in Willich und Korschenbroich, die zeigen, dass solche Bauten heutzutage durchaus qualitativ hochwertig und auch komfortabel ausgestattet und zudem auch optimal auf die jeweilige Nutzung ausgelegt werden könnten.

Des Weiteren erfragt Ratsherr Eckert, warum die Sanitärbereiche in Bösinghoven nicht umgebaut worden seien, um so auf den Sanitärcontainer verzichten zu können. Diesbezüglich erläutert Herr Annacker, dass zwar eine Umrüstung der vorhandenen Waschbecken und Toiletten erfolgen werde, ausreichender Raum und Anschlüsse für die erforderliche Anzahl an Duschen jedoch nicht gegeben seien.

Ratsherr Mocka spricht sich für eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge an ordentlichen Grundstücken aus. Hinsichtlich des Wunsches Familien und Einzelpersonen möglichst gemeinsam unterzubringen, bestätigt Herr Annacker, dass die Mobilwohneinheiten diese Möglichkeit infolge ihres Zuschnitts ermöglichen würden.

## **10 Termin der nächsten Sitzung: 3. Februar 2015**

## **11 Verschiedenes**

Auf Anfrage aus dem Ausschuss informiert die Verwaltung über die aktuelle Zusage des Landes, sich für die kommenden drei Jahre an der Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zu beteiligen. Der Landesanteil hinsichtlich der Finanzierung der Schulsozialarbeit im Rhein-Kreis Neuss wird voraussichtlich 60% betragen, dem Kreis obliegt somit ein Eigenanteil von 40%.

In Anbetracht der Wiederbesetzung der Sozialdezernentenstelle zum 1. Januar 2014 bedankt sich Ausschussvorsitzender Focken bei der Bürgermeisterin für die erfrischende und konstruktive Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage gibt den Dank an das Gremium zurück. Sie habe es immer als positiv empfunden, dass die Themen im Sozialausschuss nicht nur parteipolitisch betrachtet und behandelt worden seien.

Meerbusch, den 4. Dezember 2014

---

Hans Günter Focken  
Ausschussvorsitzender

---

Bettina Scholten  
Schriftführer/in